

FALLBESCHREIBUNG _____

Der Fall Lahmeyer: Bauen ohne Rücksicht auf Verluste?

Der Merowe-Staudamm im Nordsudan ist eines der größten Wasserkraftprojekte in Afrika. Der Bau des Staudamms und die damit verbundenen Umsiedlungen hatten und haben Folgen für mindestens 40.000 Menschen. Geplant und gesteuert wurde der Bau des Staudamms durch das Ingenieurunternehmen Lahmeyer International GmbH aus Bad Vilbel in Hessen. Das deutsche Unternehmen übernahm darüber hinaus auch die Inbetriebnahme des Staudammes und des dazugehörigen Wasserkraftwerkes.

Lahmeyer begann den Bau des Staudamms, ohne dass – wie in internationalen Standards der Weltbank vorgesehen – Umsiedlungspläne mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen ausgehandelt worden wären. Da die sudanesisische Regierung bis zur Inbetriebnahme der Wasserkraftwerkes im April 2008 keine Einigung mit Anwohnern erzielt hatte, wurden die Menschen mit Fortschreiten des Bauprojektes buchstäblich aus ihren Dörfern geflutet: Das steigende Wasser des Stausees vertrieb zwischen Juli 2008 und Januar 2009 mehr als 4.700 Familien aus mehr 30 Orten in der Region. Ihnen wurden die traditionellen Lebensräume und -grundlagen entzogen: Häuser und Ernten wurden ebenso vernichtet wie Nutztiere und sonstiges Hab und Gut.

Strafanzeige gegen Manager von Lahmeyer International wegen Herbeiführung einer Überschwemmung

Das ECCHR reichte im Mai 2010 bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main eine Strafanzeige gegen zwei leitende Angestellte des Ingenieurbüros Lahmeyer International GmbH ein. Darin wurde den beiden Lahmeyer-Mitarbeitern vorgeworfen, für die Flutung von mehr als 30 Dörfern, die Vertreibung von mehr 4.700 Familien und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage verantwortlich zu sein.

Im April 2011 nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen auf und vernahm ab November 2011 zahlreiche ZeugInnen. Nach fast fünf Jahren kam sie schließlich zu dem Schluss, den Beschuldigten sei kein Vorsatz nachzuweisen. Im Übrigen

hätte das deutsche Unternehmen und seine Mitarbeiter keine Rechtspflicht, zu überprüfen, ob die betroffene Bevölkerung vor Beginn der Flutung umgesiedelt worden sei. Ende April 2016 stellt die Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren gegen die zwei Lahmeyer-Manager ein. Die Anwälte der Betroffenen gehen gegen die Entscheidung vor.

Wenn Unternehmen wirtschaftliche und soziale Menschenrechte verletzen

Der Fall Lahmeyer ist symptomatisch für die Gefahren und Folgen großer Infrastrukturprojekte für wirtschaftliche und soziale Menschenrechte. Durch die unangekündigte Flutung des Siedlungsgebietes wurden die Manasir zwangsweise vertrieben und verloren dabei nicht nur ihre Unterkünfte, sondern ebenso die Versorgung mit Trinkwasser- und Nahrungsmitteln. Dies war eine Verletzung der Rechte auf angemessenes Wohnen, Nahrung und Wasser. Lahmeyer ist hierfür mitverantwortlich.

Infrastrukturprojekte sollen der Entwicklung des jeweiligen Landes dienen und damit auch der lokalen Bevölkerung zugutekommen. Jedoch beachten autoritäre Regime wie das sudanesisches unter Präsident Al Bashir bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturprojekten oft nicht die sozialen und ökologischen Auswirkungen für die betroffene Bevölkerung. Lahmeyer vertritt die Position, es sei Aufgabe des sudanesischen Staates gewesen, die Umsiedlung zu organisieren. Doch ein europäisches Unternehmen kann sich in solchen Situationen nicht auf die Regierungen verlassen und muss eigenständig typischen menschenrechtlichen Risiken begegnen.

Verantwortung von Unternehmen bei Zusammenarbeit mit autoritären Regimen

Die Strafanzeige gegen Lahmeyer sollte den Betroffenen des Staudamm-Baus zu ihrem Recht auf Aufklärung des Sachverhaltes und der Verantwortlichkeiten verhelfen. Darüber soll der Fall deutlich machen, dass sich Unternehmen, eine besondere Verantwortung tragen, wenn sie mit autoritären Regimen wie dem sudanesischen Geschäfte machen. Unternehmen müssen in solchen Situationen verstärkt prüfen, ob ihre Tätigkeit Menschenrechte beeinträchtigt und können

sich nicht darauf verlassen, dass der jeweilige Staat menschenrechtskonform handelt.

Im Fall des Merowe-Staudamms hat das deutsche Unternehmen das menschenverachtende Vorgehen der sudanesischen Regierung durch das rücksichtslose Vorantreiben des Bauprojektes verstärkt. Die Mitarbeiter von Lahmeyer prüften nicht selbständig und gründlich, ob die Umsiedlungen abgeschlossen waren. Das Unternehmen war auch trotz Warnung von UN Sonderberichterstattern nicht bereit, bis zur vollständigen Umsiedlung der betroffenen Bevölkerung den Bau zu unterbrechen.

Die Mitverantwortung des deutschen Unternehmens für die eklatanten und massiven Verletzungen der Menschenrechte auf adäquates Wohnen und auf Nahrung müssen strafrechtlich verfolgt werden. Da deutsche Staatsbürger an der Vertreibung beteiligt waren, müssen deutsche Strafverfolgungsbehörden das Geschehen im Sudan umfassend aufklären.

Stand: Mai 2016

European Center for Constitutional and Human Rights ([ECCHR](#)) e.V.